



# HESSISCHER LANDTAG

06. 05. 2021

INA

## Antrag

**Fraktion der CDU,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Fraktion der Freien Demokraten**

**Linksextremistische Taten in Hessen: Gedenken an den Mord an Heinz-Herbert Karry und die Opfer der RAF ist bleibende Aufgabe**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich der Mord an dem ehemaligen Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry in diesem Jahr zum vierzigsten Mal jährt. Dabei gilt der Mord an Karry als Symbol der Eskalation linksextremistischen Terrors, der die junge Bundesrepublik seit den 1970er Jahren zunehmend erschütterte. Der Landtag betont nachdrücklich, dass die Taten linksextremistischer Terrorgruppen durch nichts zu rechtfertigen sind. Sie sind klar als Terrorismus zu benennen und als solche muss man sich von ihnen abgrenzen.
2. Der Landtag stellt fest, dass auch die extremistischen Taten der sogenannten Roten Armee Fraktion vielen Menschen das Leben gekostet und viele weitere zum Teil schwer verletzt hat. Der Landtag stellt sich der bleibenden Aufgabe, den Opfern der RAF zu gedenken. Dies gilt insbesondere für jene Taten, die auf hessischem Boden ausgeübt worden sind. So müssen die Morde an Jürgen Ponto und Alfred Herrhausen aber auch der Sprengstoffanschlag gegen die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt Mahnung sein, den Terror der RAF nicht zu vergessen.
3. Der Landtag stellt fest, dass der deutsche Rechtsstaat in der Zeit des und im Umgang mit dem linksextremistischen Terror vor große Herausforderungen gestellt war. Insbesondere seit den 1970er Jahren wurde die junge Bundesrepublik durch diese Taten in erheblichem Maße unter Druck gesetzt. Noch bis in die 2000er Jahre gab es massive Diskussionen über die vorzeitige Haftentlassung von Täterinnen und Tätern, die insbesondere Fragen von Schuld, Versöhnung und Reue aufwarfen. Ausgangspunkt für diese Diskussionen waren die Gnadengesuche von ehemaligen RAF-Terroristen wie Christian Klar, von denen einige in der Folge bewilligt, andere dagegen abgelehnt wurden.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, den anstehenden Jahrestag des Mordes an Heinz-Herbert Karry sowie den dreißigsten Jahrestag des Sprengstoffanschlags auf die JVA Weiterstadt 2023 in geeigneter Form zu nutzen, um die Aufarbeitung und Aufklärung der Taten des linksextremistischen Terrors und die dahinterstehende Ideologie weiter zu stärken.

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Mai 2021

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**

Für die Fraktion  
der Freien Demokraten  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**